Protokoll

28. Sitzung vom 10. April 2017
rsa

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 10. April 2017, 19.00 Uhr – 20.10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Claudia Bühlmann (Krank) Volkan Dogu (Militärdienst)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 23. Januar 2017
3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros Gemeinderat (Stimmenzählerin oder Stimmenzähler) für die Amtsdauer 2014-2018
4. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014-2018
5. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für die Amtsdauer 2014-2018
6. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2014–2018
7. Offene Ersatzwahl eines Delegierten in den Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen für die Amtsdauer von 2014–2018
8. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 22. November 2016, betreffend Stromverbrauch und Kosteneinsparung; Begründung
9. Interpellation von Christina Zurfluh, SVP, Charlotte Baer, SVP, Marc Lütolf, CVP, Christian Nufer, FDP und Michael Weiss, GLP, vom 1. Dezember 2016, betreffend Gerbeplatz mit unterirdischem-, Weinrebe mit ober-/unterirdischem automatischem Park System; Begründung
10. Postulat der CVP-Fraktion, vom 20. Dezember 2016, betreffend Begabtenförderung und Schulsozialarbeit der Primarschule erneuern; Begründung
11. Interpellation des BFPW, vom 7. Februar 2017, betreffend Rendite der Liegenschaften im Finanzvermögen; Begründung

12. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2017, zur Verbesserung der Standortförderung in Wädenswil, Begründung
13. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 21. November 2016, überwiesen am 23. Januar 2017, betreffend Aufwertung Seegüetli; Beantwortung
14. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Februar 2016, überwiesen am 11. April 2016, betreffend Steigerung der Energieholznutzung; Beantwortung
15. Einbürgerungen
    - ALLEN geb. Biel Ingrid Elisabeth, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Reblaubenweg 4a
    - BIRCH geb. Cooper Susie und ihre Tochter Tehya Francesca, beide britische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Buckstrasse 15
    - CARRETTA Giuseppe Antonio, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Büelenweg 3
    - CARRO LATA Jesus Luis, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 17
    - DEMIRYÜREK geb. Yeni Sermin, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Alvierstrasse 29
    - IVANUŠ Drago mit seiner Ehefrau Ljubica geb. Kanceljak, beide kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 5
    - KÜSTNER Timo Bernd, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Am Zopfbach 3

Die Traktandenliste wurde am 1. April 2017 in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella begrüsst zur heutigen Sitzung.

Stadtpräsident Philipp Kutter weisst auf zwei Materialien hin, die die Gemeinderatsmitglieder an ihren Plätzen vorfänden. Erstens handle es sich um den Geschäftsbericht 2016 des Stadtrats. Er wünsche ihnen viel Spass bei dieser Lektüre. Mit dem schönen Einband würden sie wunderbar auf das Werk eingestimmt. Zum zweiten fänden sie das Flugblatt zur Einladung der Vernissage der Poster-Days 2017. Das sei eine Aktion der städtischen Kulturkommission. Wädenswiler Künstler und Künstlerinnen dürften die Buswartehäuschen verschönern. Konkret würden sie die Plakatwände bemalen oder bekleben. Es gebe Kunstwerke, die extra für Wädenswil entstünden. Die Vernissage finde am 7. Mai 2017, 13.30 Uhr beim Bahnhof Wädenswil statt. Die Kulturkommission habe ihn gebeten, den Gemeinderat speziell einzuladen, da es einen aktuellen Bezug gebe. Der Gemeinderat habe in einer Budgetdebatte bestimmt, dass keine Anschaffungen mehr getätigt werden sollten. Auf eine kreative Art und Weise habe sich die Kulturkommission überlegt, auf welche Art sie die

Künstler und Künstlerinnen anders unterstützen könne. Die Poster-Days seien nun das Ergebnis.

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella weist auch noch auf den Tätigkeitsbericht 2016 der Stiftung Grow hin, der ebenfalls an alle Gemeinderatsmitglieder verteilt worden sei. Zudem heisst er Lukas Wiederkehr, CVP, als neues Gemeinderatsmitglied willkommen. Er ersetze Marc Lütolf. Er wünsche ihm eine kurzweilige Einarbeitungszeit und danke ihm für ein aktives Engagement im Parlament Wädenswil.

1.1 Eingänge

- Schriftliche Anfrage der FDP Fraktion, vom 7. März 2017, betreffend Auswirkungen der Gemeinderatsbeschlüsse zum Budget 2017
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der SVP/BFPW-Fraktion, vom 7. Dezember 2016, betreffend Leistungen an Vereine und Organisationen in Wädenswil
- Schriftliche Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 23. März 2017, betreffend Strassenwesen

1.2. Überweisungen

Keine.

1.3 Fraktionserklärung der Grünen

Rita Hug, Grüne, teilt mit, dass die Fraktion der Grünen dem Stadtpräsidenten Philipp Kutter und dem Stadtrat Heini Hauser heute Nachmittag eine Petition überreicht hätten, damit das Aufheben der Blumenrabatten sofort aufhöre.

Innert kürzester Zeit hätten 546 Personen ihre Petition unterschrieben. 169 Personen hätten auf private Initiative hin Unterschriften gesammelt und diese überreicht. Total seien ihnen 715 Unterschriften quasi zugeflogen. Sie hätten einen Minimalaufwand betrieben und trotzdem sei eine stattliche Anzahl Unterschriften in so kurzer Zeit zusammengekommen. Sie frage sich, warum das so sei. Viele Personen, die in Wädenswil leben würden, verstünden nicht, wie etwas, das einst mit viel Aufwand und auch Publicity gemacht worden sei - nämlich die Blumenrabatten in Zusammenarbeit mit der ZHAW - mit einem Schlag einfach ausradiert würden. Die Leute seien empört über diese Massnahme des Kantons Zürich und der Stadt Wädenswil, dass die Blumenpracht mit Asphalt oder Steinen ersetzt würde. Wädenswil sei keine Retorten-Stadt, sondern eine Stadt mit Atmosphäre und Charme. Darum würden sie den Stadtrat auffordern, sofort alles zu unternehmen, damit dieser Unsinn aufhöre.

Zu den Kosten mache sie noch eine kleine Anmerkung: Sie hätten eine Rückmeldung eines Gartenspezialisten auf der anderen Seite des Sees erhalten. Er unterhalte auch solche Blumenrabatten wie Wädenswil habe. Er habe gesagt, dass er für den Aufwand CHF 10.-- pro Quadratmeter und pro Jahr einsetze. Wenn sie diesen Betrag sähen, müssten sie sich wirklich fragen, was das solle, dass die Blumenrabatten in Wädenswil aufgehoben würden. Was

diese Aufhebung koste. Sie sähen selber, dass dies keine Sparmassnahme, sondern einfach ein schlechter Aprilscherz sei.

1.4 Fraktionserklärung der EVP/EDU

Christine Merseburger, EVP, informiert, dass mit der Weisung 12, vom 22. Oktober 2007, die am 4. Februar 2008 durch den Gemeinderat angenommen worden sei, der Gemeinderat die Stellenzahl für die Schulsozialarbeit um 210% auf 310% erhöht habe. Die Kosten dafür, ca. CHF 220'000.-- gemäss damaliger Weisung, seien ebenfalls bewilligt worden. Die damals bewilligten Ausgaben seien nun im Dezember 2016 in der Budgetdebatte gestrichen worden.

Es stelle sich die Frage, welcher Entscheid nun Gültigkeit habe. Momentan werde noch darüber diskutiert, doch es scheine sich herauszukristallisieren, dass der referendumsfähige Beschluss des Gemeinderats von 2008 für das Budget 2017 verbindlich sei. Aufgrund dieser Abklärungen habe die EVP die ausformulierte und von der Mehrheit der Fraktionen unterstützte Motion zur Beibehaltung der Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen noch nicht eingereicht.

Sollte der Gemeinderat über seinen Schatten springen und die Budgetkürzung rückgängig machen, dann wäre die Motion nicht mehr notwendig. Dies solle nach der Sitzung im Rahmen eines kurzen Gesprächs unter den Fraktionspräsidien diskutiert werden. Daher bitte sie die Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen nach der Sitzung kurz zusammen zu kommen.

Für die EVP/EDU-Fraktion und die Schulsozialarbeit wäre dies die optimalste Lösung, müssten doch dann keine Kündigungen ausgesprochen und die gut funktionierende Schulsozialarbeit könnte wie bisher weitergeführt werden. Sollte dies nicht möglich sein, werde die Motion baldmöglichst eingereicht um auf diesem Weg die Schulsozialarbeit zu retten.

2. Abnahme des Protokolls vom 23. Januar 2017

Das Protokoll vom 23. Januar 2017 wird genehmigt.

16.04.05

3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros Gemeinderat (Stimmenzählerin oder Stimmenzähler) für die Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt **Volkan Dogu, CVP,** vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied des Büros Gemeinderat (Stimmenzähler) für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.41

4. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt **Lukas Wiederkehr, CVP,** vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.43

5. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für die Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt **Monika Greter, CVP,** vor. Sie wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied der Raumplanungskommission (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Marc Lütolf) für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.45

6. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt **Markus Siegrist, SVP,** vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.44

7. Offene Ersatzwahl eines Delegierten in den Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen für die Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt **Monika Greter, CVP,** vor. Sie wird ohne Erweiterung und Auszählung als Delegierte in den Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Marc Lütolf) für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

08.08.10

8. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 22. November 2016, betreffend Stromverbrauch und Kosteneinsparung; Begründung

Andre Zürrer, SVP, teilt mit, dass es bei der Interpellation um den Netzzugang von verschiedenen Grossverbrauchern der Stadt Wädenswil (Kläranlage, Hallenbad, Schulhäuser usw.) gehe. Seit ein paar Jahren wolle man diese zusammenführen um bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich einen besseren Strompreis herauszuholen. Das ergebe dann einige Einsparungen bei der Stadt. Sie bäten den Stadtrat dies zu prüfen und zu schauen, wie viele Gebäude für den Netzzugang zusammengeschlossen werden könnten.

Die Interpellation betreffend Stromverbrauch und Kosteneinsparung geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.05.20

9. Interpellation von Christina Zurfluh, SVP, Charlotte Baer, SVP, Marc Lütolf, CVP, Christian Nufer, FDP und Michael Weiss, GLP, vom 1. Dezember 2016, betreffend Gerbeplatz mit unterirdischem-, Weinrebe mit ober-/unterirdischem automatischem Park System; Begründung

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt, dass es auf dem Markt moderne Parksysteme gebe, die bis zu 70% weniger Grundfläche und 50% weniger Volumen als konventionelle Parkhäuser beanspruchen würden. Solche Parksysteme könnten sich fast an jede räumliche Gegebenheit anpassen. Sie würden sich speziell für verkehrstechnisch stark beanspruchte Gegenden eignen, denn sie würden den Suchverkehr erheblich reduzieren und die Autos würden bei abgestelltem Motor elektrisch eingeparkt, wodurch sich das System ökologisch sehr bewähre. Sie seien ober- und unterirdisch einsetzbar. Bei oberirdischen Lösungen sei es gleichzeitig möglich, auf der Anlage Büro- oder Wohnraum einzuplanen. In der Schweiz seien schon diverse solche Parkieranlagen erstellt worden (z.B. Stadt Schaffhausen mit dem Produkt von Skyline Parking).

Auch im Zentrum von Wädenswil sei der Platz knapp und gerade bei Grossanlässen führe die Parkplatzsituation regelmässig zu roten Köpfen und wüsten Wortwechseln. Etwas, bei dem eine gebildete Bevölkerung eigentlich darüber stehen sollte. Daneben sei auch die Anbindung zum Flughafen mit der S2 und S8 nicht zu vergessen. Gerade für Geschäftsleute aus der Region könnte das eine willkommene Alternative sein, könnten sie das Strassennadelöhr somit elegant umgehen. Wenn dieses Paket attraktiv zusammengestellt werde, sollte sich der eine oder andere Investor dafür finden lassen, da sie nicht die Stadt als Betreiberin eines solchen Parksystems sähen. In diesem Zusammenhang sähen sie der Beantwortung der Fragen mit Spannung entgegen.

Die Interpellation betreffend Gerbeplatz mit unterirdischem-, Weinrebe mit ober-/unterirdischem automatischem Park System geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

31.03.20

10. Postulat der CVP-Fraktion, vom 20. Dezember 2016, betreffend Begabtenförderung und Schulsozialarbeit der Primarschule erneuern; Begründung

Patrik Mouron, CVP, teilt mit, dass er mit der Ausgangslage des Postulats anfange. In der Debatte zum Budget 2017 im letzten Dezember habe bekanntlich eine Mehrheit des Gemeinderats die Mittel für die Bereiche Begabtenförderung (Begafö) und Schulsozialarbeit markant gekürzt, nämlich um CHF 400’000.--. Die CVP-Fraktion habe damals einstimmig gegen diesen Antrag gestimmt, denn er sei damit verbunden, dass zwei wichtige Pfeiler des Bildungsangebots bedrohlich geschwächt worden seien.

Sie seien darum noch vor Weihnachten zusammengesessen und hätten dieses Postulat geschrieben und auch eingereicht. Es handle sich um ein Postulat, das pro Bildung sei. Es stelle eine zweite Chance dar. Es fordere den Stadtrat auf, eine Erneuerung des Konzepts Begafö und der Schulsozialarbeit vorzuschlagen. Sie seien überzeugt, dass mit einem guten Konzept auch die notwendigen Gelder gesprochen würden. Denn in Sachen Bildung wollten sie in Wädenswil die Nase auch in Zukunft vorne haben.

Zum Hintergrund des Postulats: Im Sommer 2016 habe sich der Gemeinderat aus erster Hand mit den Anliegen der Primarschule Wädenswil auseinandersetzen können auf Initiative und Organisation der FDP-Fraktion hin. Der vom Kanton vor sieben Jahren eingeführte integrative Unterricht habe an den zwei Abenden viel zu reden gegeben. Vertreter der Primarschule Wädenswil hätten wiederholt betont, dass sowohl die Schulsozialarbeit als auch die Begabtenförderung unverzichtbare Elemente für einen erfolgreichen integrativen Unterricht mit den Schülern in den Regelklassen seien. Den Erfahrungsbericht der Lehrpersonen gelte es nun einfach zu respektieren.

Jedoch und offenbar habe die Schule dem Gemeinderat damals zu wenig überzeugend aufzeigen können, wie die Schüler von diesen zwei Angeboten profitieren würden. Dass diese Überzeugungsarbeit absolut notwendig sei, sei allen klar. Denn die Begafö und die Schulsozialarbeit seien freiwillige Leistungen, die vom Kanton nicht vorgeschrieben seien. Darüber könnten sie in der Gemeinde entscheiden. Dies habe dann zu einer Mehrheit im Rat geführt, die sich für die Kürzungen ausgesprochen habe. So wie heute gebe es wahrscheinlich viele hier im Saal, die am Konzept von Begafö und Schulsozialarbeit zweifeln würden, aber nicht unbedingt am Potenzial der zwei Konzepte.

Beim Postulat gehe es im Kern darum, dass der Stadtrat aufgefordert werde, drei Punkte genauer zu definieren:

1. Aufgabenbereiche: Die CVP-Fraktion verlange, dass genauer umschrieben werde, was die Begafö und die Schulsozialarbeit leisten sollten in Ergänzung und zur Unterstützung des Regelunterrichts.

2. Zugangskriterien: Diese sollen besser definiert werden. Es gehe um die Frage, welche Schüler, warum und in welcher Situation in Genuss der zwei Instrumente kämen.

3. Wirkung sichtbar machen: Gemeint sei nicht unbedingt, dass eine wissenschaftliche Studie oder ein Beweis auf den Tisch gelegt werde, der viel koste, sondern dass konkret Resultate nach aussen gezeigt würden und vor allem auch für den Gemeinderat sichtbar gemacht würden. Die Phantasie, wie das gemacht werden könnte, sei offen. Bei den Lehrern und Lehrerinnen gebe es sicher genügend Phantasien.

Er betone noch, dass es beim Postulat nicht darum gehe nur innerhalb des verbliebenen Schrumpfbudgets zu denken und zu planen. Durch die Neudefinition dieser pädagogischen Konzepte würden sich Chancen eröffnen und nicht zum Status quo zurückgehen, sondern nach vorne schaue, wie die Gestaltung aussehen könnte.

Noch ein Wort zum Fahrplan, wie sie sich das vorstellten: Der Stadtrat habe für die Beantwortung von Postulaten bekanntlich ein Jahr Zeit. Optimal wäre jedoch, wenn im Oktober 2017 erste Ergebnisse vorlägen, die im Gemeinderat diskutiert werden könnten. Damit hätten neue Ansätze bei der nächsten Budgetsitzung im Dezember bessere Chancen sich pro Bildung auszuwirken. Soweit die Begründung des Postulats. Sie würden sich freuen, wenn der Stadtrat dieses Postulat entgegennehme.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger informiert, dass der Stadtrat den guten Willen hinter dem Postulat spüre und deshalb bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Angelo Minutella** stellt Adrian Stocker, SVP, einen Antrag auf Ablehnung des Posutlats.

Adrian Stocker, SVP, sagt, so wie er das Postulat gelesen habe sei er der Meinung gewesen, dass das Postulat dazu da sei, eine Auslegeordnung vorzunehmen damit mit einem gescheiten Konzept möglichst viel mit dem zur Verfügung stehenden Geld nach der Budgetdebatte 2016 erreicht werden könne. Nach der Aussage von Patrik Mouron sehe es aber etwas anders aus. Ziel des Postulats sei nicht mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen, sondern die Mittel möglichst bald wieder zu erhöhen. Somit sei er mit dem Postulat nicht mehr einverstanden, da er der Meinung sei, dass darüber abgestimmt worden sei. Wenn der Gürtel enger geschnallt werden müsse, müsse das optimale aus den zur Verfügung stehenden Mitteln herausgeholt werden und es solle nicht probiert werden, ein Konzept zu erarbeiten, wie man es gut begründen könnte, dass das Geld doch irgendwie beim Gemeinderat oder Stadtrat hereingeholt werden könnte. Darum stelle er den Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Diskussion ist automatisch eröffnet:

Thomas Koch, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion das Postulat der CVP-Fraktion grundsätzlich unterstütze, obwohl sie der Meinung seien, dass das Postulat der CVP-Fraktion offene Türen einrenne.

Patrik Mouron habe es erwähnt, dass es der Initiative der FDP-Fraktion zu verdanken sei, dass im letzten Jahr durchaus konstruktive Gespräche zwischen den Gemeinderatsfraktionen und der Primarschule geführt worden seien. Im Verlauf dieser Gespräche habe es sich ergeben, dass sich die Primarschule Wädenswil im Bereich Begabungsförderung, und nicht Begabtenförderung, und im Bereich Schulsozialarbeit Modelle leiste, die die kantonalen Vorgaben auch in finanzieller Hinsicht überschiessen würden. Sie hätten auch gesehen, dass sich in diesen beiden Bereichen Mechanismen und Strukturen eingeschlichen hätten, die grundsätzlich hinterfragt werden müssten.

Insofern müsse das Wädenswiler Konzept der Begafö und der Schulsozialarbeit tatsächlich angepasst und weiter entwickelt werden, wie dies die CVP-Fraktion postuliere. Aber, da gebe er Adrian Stocker Recht, selbstverständlich innerhalb des finanziellen Rahmens, der vorgegeben worden sei. Das habe die Schule jedoch bereits erkannt. Darum habe er am Anfang gesagt, dass das Postulat offene Türen einrenne. Die Schule habe das erkannt und

die Schulpflege sei längst daran, neue Modelle zu prüfen. Insofern sei das Postulat der CVP wohl mehr dem Wahlkampf als der Notwendigkeit geschuldet.

Erstaunlich sei auch, dass die CVP-Fraktion und insbesondere Patrik Mouron sich in den letztjährigen Gesprächen mit der Primarschule durchaus auch kritisch eingebracht und auch Verbesserungspotenzial gesehen hätten. Insofern sei es etwas erstaunlich, dass sie sich von den damaligen Ergebnissen distanzieren würden und darauf hinweisen müssten, sie seien bei der Budgetdebatte gegen die Kürzung gewesen. Aber dies gehöre wohl auch zum vorgezogenen Wahlkampf.

Rita Hug, Grüne, sagt, dass ein Wädenswiler Stimmbürger die Streichung der CHF 400‘000.-- an der letzten Budgetsitzung als „fataler demokratischer Entscheid“ benannt habe. Nun, dieser fatale Entscheid könnte nun zumindest nochmals angesehen werden. Es habe doch recht viele Reaktionen aus der Bevölkerung nach diesen Streichungen gegeben. Die Gemeinderatsmitglieder sollten sich wirklich ein Herz fassen und dem Stadtrat nochmals die Möglichkeit geben, diese Massnahmen in Ruhe zu überdenken. In diesem Sinne bitte die Fraktion der Grünen um Überweisung des Postulats.

Edith Brunner, SP, teilt mit, dass die SP das Postulat der CVP aus Gründen der Schadensbegrenzung unterstütze, obwohl sie inhaltlich nicht mit allen Aussagen einverstanden seien. Dass die Begaförderung überdacht werde, lasse sich vertreten, denn sie hätten von verschiedenen Seiten immer wieder Kritik und Bedenken gehört. Allerdings gehe es dabei auch um personelle Fragen und es scheine ihnen wichtig, dass auch dieser Aspekt bei der Überprüfung miteinbezogen werde.

Punkto Schulsozialarbeit scheine ihnen aber eine grundsätzliche Infragestellung der Konzepte überflüssig. Abgesehen davon, dass vieles doch kantonal vorgeschrieben sei, habe die Schulsozialarbeit in Wädenswil gute Arbeit geleistet. Es gebe wenig Gewalt und Vandalismus, sie hätten eine gute Atmosphäre in den Klassen und Schulhäusern (Abweichungen gebe es in Einzelfällen immer wieder). Die Schulen hätten einen guten Ruf und Namen und dazu trügen einerseits die engagierten Lehrpersonen wie auch die Schulsozialarbeit bei. Prävention könne auf längere Sicht sogar Kosten senken. Sie wüssten alle, dass Sonderschulen, Sondersetting, nicht integrierte Schüler, die keine Lehrstelle fänden und sich anderweitig profilieren würden etc. zusätzliche Ausgaben für die Stadt generieren, die dann einfach an anderen Stellen auftauchen würden.

Sie glaube, dass das Budget nicht gekürzt worden sei, weil schlechte Arbeit geleistet werde oder die Konzepte nicht Stand halten, sondern weil um jeden Preis gespart werden solle ohne grosse Rücksicht auf Verluste. Darum seien auch sie einverstanden, dass mindestens die zwei Konzepte genauer angeschaut würden und dann eventuell auf den Beschluss zurückgekommen werde.

Patrik Mouron, CVP, teilt mit, dass er richtig stellen wolle, wie das Postulat gemeint sei. Es lasse nämlich offen, ob das Konzept im jetzigen Finanzrahmen stattfände oder ob Argumente gefunden würden, dass mit einer neuen überzeugenden Konzeption auch wieder mehr Geld gesprochen werden könnte. Das Postulat lege sich in diesem Sinne nicht auf die

eine oder andere Seite fest. Es lasse das offen und lasse einfach eine zweite Chance zu wie er bereits erwähnt habe.

Schlussabstimmung
Der Rat lehnt den Antrag auf Nichtüberweisung grossmehrheitlich ab. Das Postulat betreffend Begabtenförderung und Schulsozialarbeit der Primarschule erneuern gilt als an den Stadtrat überwiesen.

10.00

11. Interpellation des BFPW, vom 7. Februar 2017, betreffend Rendite der Liegenschaften im Finanzvermögen; Begründung

Ivo Peyer, BFPW, sagt, dass sie den Vorstoss aufgrund der Resultate der Vorberatung zum Voranschlag 2017 bzw. der Budgetdebatte vom Dezember 2016 eingereicht hätten.

Sie vom Forum wollten Klarheit über die aktuelle Situation der Liegenschaften im Finanzvermögen. Er verzichte hier auf die Wiederholung der einzelnen Fragen. Diese hätten alle lesen können und sollten klar sein.

Eine zusätzliche Frage sei ihnen nachträglich noch eingefallen, die der Stadtrat ebenfalls noch beantworten könnte: Wieviel Prozent der Mieteinnahmen der Liegenschaften im Finanzvermögen würden durch andere Abteilungen der Stadt oder stadtnahen Betrieben bezahlt? Es wäre schön, wenn diese Antwort noch einfliesse. Sie würden sich schon jetzt für die Beantwortung der Fragen bedanken und sie sähen es dann im Budget 2018.

Die Interpellation betreffend Rendite der Liegenschaften im Finanzvermögen geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

20.10.20

12. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2017, zur Verbesserung der Standortförderung in Wädenswil; Begründung

Roman Schafflützel, FDP, teilt mit, dass sie regelmässig in diesem Saal zweimal pro Jahr feststellen würden, dass sie in Wädenswil einen sehr tiefen Anteil an steuerzahlenden juristischen Personen hätten. Dies bei der Budget- und Rechnungssitzung.

Ebenfalls so regelmässig würden sie sich dann auch die Frage stellen, wie sie mit dieser Situation umgehen sollten. Der Frage, was sie dagegen tun könnten, würden sie jedoch viel zu wenig Beachtung schenken. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei dies jedoch die Gretchenfrage. Dies würden sie nur mit einer funktionierenden und schlagkräftigen Standortförderung auf kommunaler Ebene erreichen. Nur eine kommunale Standortförderung könne gezielt auf die hiesigen Verhältnisse und Bedürfnisse eingehen und sei auch nur einer einzigen Gemeinde Rechenschaft schuldig und nicht mehreren.

Der Stadtrat habe in letzter Zeit einige gute Projekte vorzeigen können wie beispielsweise der Rütihof, der langsam Gestalt annehme. Auch spiele ihnen der Kanton langfristig in die Hände, indem er weitere Gebiete beim Neubüel im Kantonalen Richtplan als Arbeitsplatzgebiete definiert habe.

Erstaunt habe sie jedoch, als sie in der Zürichsee Zeitung des vergangenen Montags lesen mussten, dass es für den Stadtpräsidenten nicht so bedeutend sei, dass ein weiteres Wädenswiler Unternehmen Wädenswil den Rücken kehre. Auch wenn ein Unternehmen zurzeit wirtschaftlich schwere Zeiten durchlaufe, schaffe es immer noch Arbeitsplätze und vergebe Aufträge in der Region. Und sobald sich das Unternehmen erhole, würden auch die Steuereinnahmen steigen. Sie seien daher über diese Aussage verwundert und würden diese Ansicht nicht teilen. Im Gegenteil, für sie sei es eine weitere Bestätigung, dass bei der Stadt im Bereich der Kommunikation und Standortförderung etwas gehen müsse.

Die FDP-Fraktion sei darum der Meinung, dass der Standort Wädenswil jetzt mit aller Energie aktiv gefördert werden müsse und die organisatorischen Voraussetzungen nun erstellt werden müssten. Die Beispiele aus Dietikon ZH und Däniken SO würden ihnen eindrücklich zeigen, dass sich diese Arbeit mehr als nur lohne. Dort habe die lokale Standortförderung mehrere grosse Ansiedlungen vornehmen können und dabei zwischen mehreren interessanten Unternehmen auswählen können.

Bereits im Jahr 2014 habe die FDP-Fraktion einige gute Ideen und konkrete Verbesserungsvorschläge in einer Interpellation aufgezeigt. Diese seien leider vom Stadtrat nicht weiterverfolgt worden. Mit dieser Interpellation gäben sie dem Stadtrat nun die Möglichkeit, sich über einige bisher vernachlässigte oder nicht kommunizierte Aspekte der Standortförderung Auskunft zu geben. Ebenfalls hätten sie bei diesen Themenbereichen einige sinnvolle Verbesserungsvorschläge eingebracht und allgemein anerkannte praxiserprobte „Werkzeuge und Methoden“ aufgezeigt. Sie bäten den Stadtrat darum, das zu prüfen und umzusetzen.

Zum Themenbereich Strategie
Von aussen betrachtet sei eine ganzheitliche Strategie nur schwer erkennbar. In der Beantwortung der Interpellation vom 10. November 2014 schreibe der Stadtrat nur über die Nachteile des Standorts Wädenswil, wie zum Beispiel der Bodenpreis, die Wegzugsgründe und über die Steuerfussstrategie. Sie bäten den Stadtrat darzulegen, wie diese Schwächen beseitigt werden könnten, welche Stärken und Chancen Wädenswil habe und wie diese genutzt werden könnten. Dank dieser Grundlage könnten gezielt Unternehmen gesucht werden, für die der Standort Wädenswil geeignet sei. Aus ihrer Sicht genüge es nicht, Unternehmen Wädenswil zufällig finden zu lassen; also müsste die Stadt auf geeignete Unternehmen zugehen.

Zum Themenbereich verfügbare Flächen
Das Wissen um nutz- und verfügbare Leerflächen sei ein entscheidender Schlüsselfaktor in der Standortförderung. Während im Kanton Zug alle diese Objekte online abrufbar seien, fehle in Wädenswil (Stand 2014) ein solches Verzeichnis gänzlich. Dies erstaune umso mehr, da der Stadtrat das Fehlen von solchen Flächen als Hauptgrund für Unternehmensabwanderungen angebe. Sie würden hier anregen, ein solches Verzeichnis einzuführen und für bestimmte Objekte gezielt nach einem für Wädenswil interessanten Neunutzer zu suchen. Hier würden

sie anregen, dies an spezialisierte Unternehmen auf Erfolgshonorarebene zu vergeben und nicht selber zu machen.

Zum Themenbereich interne Koordination
Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass die zunehmenden und schwierigen Aufgaben im Bereich der Standortförderung zentralisiert werden müssten und eine Stelle geschaffen werden müsse. Die Stelle solle mit den nötigen Mitteln, Kompetenzen und Verantwortung ausgestattet werden.

Zum Themenbereich Anreize
Eine Stadt habe immer auch die Möglichkeit, diverse Anreize für Unternehmen zu schaffen. Sei es die Begleitung bei konkreten Projekten über die Weitervermittlung von Kontakten oder eine enge Zusammenarbeit bei Verkehrsprojekten. Auch wüssten sie gerne, welche steuerlichen Anreize die Stadt und vor allem der Kanton geben könnten und wie diese angewendet würden.

Zum Themenbereich Cluster
Als eines der wichtigsten Erfolgskriterien eines Clusters gelte die Einzigartigkeit und dies national. Desto erschreckender sei es, dass ein weiterer Standort im Kanton Zürich ein Cluster in einem sehr ähnlichen Bereich prüfe. Hier müssten sie aufpassen, dass sie die Führerschaft nicht abgäben. Das könnten sie mit der nationalen Bewerbung und der Zurverfügungstellung genügender Flächen erreichen. Auch wüssten sie gerne, wie ein Wegzug von gewachsenen Start-Up-Unternehmen verhindert werden könnte.

Zum Themenbereich Erfahrungsaustausch
Es gebe genügend neue Fehler, es sei nicht nötig einen Fehler zu wiederholen. Am besten sei, aus Fehlern und Erfahrungen von anderen zu lernen, damit diese nicht selber gemacht werden müssten. Dieser doch sehr einfache Grundsatz zeige die Bedeutung eines Erfahrungsaustauschs auf. Darum bäten sie den Stadtrat, ihnen aufzuzeigen, wie dieser Erfahrungsaustausch momentan und zukünftig gestaltet werde und wie diese Erfahrungen in Wädenswil eingebracht werden könnten.

An der Rechnungssitzung vom 19. Juni 2017 würden sie das nächste Mal auf die Feststellung zurückkommen, dass Wädenswil einen sehr geringen Anteil an juristischen Personen als Steuerzahler habe. Auf die Frage, was sie dagegen unternehmen könnten, hätte der Stadtrat heute von ihnen Lösungsvorschläge erhalten. Er wolle den Stadtrat nun an einen seiner Schwerpunkte für die laufende Legislatur erinnern. Arbeitsplätze und Standort für Gewerbe und Wirtschaft zu fördern.

Sie würden sich beim Stadtrat im Voraus für die Beantwortung der Interpellation bedanken und würden darauf vertrauen, dass der Stadtrat ihre Vorschläge aufnehme.

Die Interpellation zur Verbesserung der Standortförderung in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.08.10

13. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 21. November 2016, überwiesen am 23. Januar 2017, betreffend Aufwertung Seegüetli; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser sagt, dass sie die Beantwortung der Interpellation erhalten hätten. Er ergänze noch ein paar kleine Sachen. Vor vier Jahren habe der Stadtrat beschlossen das Areal Seegüetli am See zu kaufen. Diese Tatsache sollte für alle, insbesondere für die Grüne Partei, die die Interpellation eingereicht habe, erfreulich sein, da heute im Stadtrat wahrscheinlich länger als damals darüber diskutiert würde, dieses Grundstück zu kaufen.

Nach dem Kauf habe der Stadtrat dutzende Anfragen oder Ideen erhalten, um das Areal zu beleben, bzw. zu nutzen. Primär habe für den Stadtrat immer der Nutzen für die Öffentlichkeit im Vordergrund gestanden. Die Finanzen hätten ihnen bei der Umsetzung der Ideen jedoch Grenzen gesetzt. Darum sei bis heute noch nicht wahnsinnig viel auf dem Grundstück passiert. Immerhin sei ein Beach-Volleyballfeld entstanden. Das Bedürfnis sei ja bereits Jahre vorher angemeldet worden. Obwohl aus heutiger Sicht die Nutzung des Beach-Volleyballfelds nicht ganz alle überzeuge, sei es vorhanden und es könne genutzt werden.

Im Frühling 2016 sei durch private Initianten eine Bewilligung für einen Kioskbetrieb beantragt worden. Der Stadtrat habe dies auch bewilligt. Zuerst provisorisch und diesen Frühling nun definitiv mit dem Segen des Kantons - oh Wunder. Die Nutzung habe sich gut eingespielt, das Areal sei vor allem in den Abendstunden Ende Woche belebt und bringe dadurch auch eine willkommene Überwachungsfunktion mit sich. Sie hätten dadurch weniger Vandalenakte feststellen können.

Die Vorschläge der Grünen, wie die Verbesserung des Seezugangs umgesetzt werden könnte, seien leider nicht so schnell und nicht so einfach möglich, wie man sich das vorstelle. Das sei eine direkte Folge der Gesetzgebung entlang aller öffentlichen Gewässer, die das kantonale AWEL umsetze und kontrolliere. Hier seien sie bisher nicht so erfolgreich gewesen. Nebstdem dass natürlich die hohen Kosten für solche Massnahmen nicht ganz unbeträchtlich seien.

Auch für ein WC seien die Vorgaben streng. Es sei nicht so wie in den Bergen, wo bei einer SAC-Hütte für ein WC einfach eine Grube ausgehoben werden könne und das Abwasser seinen eigenen Weg suche. Für ein WC am See seien eine Wasserzuleitung sowie eine Abwasserleitung zwingend. Dies erkläre auch die hohen Kosten für ein solches WC. Daher hätten sie bisher darauf verzichtet. Für kreative Lösungen seien sie offen, diese umzusetzen.

Zusammenfassend müsse die Wädenswiler Bevölkerung zufrieden sein, dass das Areal heute öffentlich sei und sie sich dort aufhalten dürften, und zwar tagtäglich von morgens früh bis abends spät oder über die Nacht um die Stimmung am See zu geniessen. Fürs WC müsse vorher daran gedacht werden oder sonst müsse es verklemmt werden.

Rita Hug, Grüne, bedankt sich bei Stadtrat Heini Hauser für die Beantwortung der Interpellation der Grünen über die Aufwertung des Seegüetli. Sie erkennten aus der Antwort und aus den vorherigen Ausführungen durchaus den Willen des Stadtrats, dieses Grundstück

und die dazugehörigen Gebäude zu unterhalten oder aufzuwerten. Dass dies am fehlenden Geld scheitere, sei einerseits eine traurige Konsequenz der bürgerlichen Sparpolitik, andererseits aber auch eine etwas faule Ausrede.

Die Stadt habe bereits Geld ausgegeben, um dieses Grundstück zu erwerben, nun bräuchte es nochmals etwas Mut zu einer weiteren Investition, damit wirklich etwas Gutes und dauerhaftes entstehen könne. Die Betreiber des Kioskwagens hätten zwar nochmals eine Bewilligung der Lebensmittelbehörde erhalten, doch diese sei beschränkt. Bedingung zur Weiterführung sei, dass die gesetzlich vorgeschriebene Infrastruktur, wie Wasseranschluss, sanitäre Einrichtungen usw. erstellt werde.

Nun habe die Stadt Wädenswil quasi die Wahl: Wolle sie ein halbbatziges Seegüetli, eine Badewiese ohne WC, wo die Eltern ihre Kinder (nicht nur die Kinder, sondern auch die Grossen) in den See schicken würden, um Pipi zu machen, weil der Weg zum „Sträme“ einfach zu weit sei? Wo der Uringeruch in der Luft hänge, wenn im Sommer der Regen ausbleibe? Mit dem vorher planen, aufs WC zu gehen, wisse sie nicht ob das immer bei allen so gut klappe.

Oder wolle die Stadt eine attraktive Badewiese mit einer Infrastruktur für Fussgänger, Badende und Sportler? Ein Ort, der zum Verweilen und geniessen einlade. Ein Ort der Wädenswil bereichere und aufwerte. Dies wäre ganz im Sinne der Standortförderung, denn die Einwohnerinnen und Einwohner einer Stadt würden schöne, sauber Orte schätzen, an denen sie sich wohl fühlten.

In diesem Sinne würden die Grünen vom Stadtrat erwarten, dass er sein Interesse, das Seegüetli weiter aufzuwerten, stark vertrete und schaue, dass bald eine Finanzierung zu Stande komme.

Die Interpellation betreffend Aufwertung Seegüetli gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

08.08.10

14. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Februar 2016, überwiesen am 11. April 2016, betreffend Steigerung der Energieholznutzung; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser sagt, dass die Gemeinderatsmitglieder die ausführliche Antwort zum Postulat erhalten hätten. Der Stadtrat habe dafür ein ganzes Jahr gebraucht. Morgen laufe die Frist ab. Es gehe um die Energieholznutzung. Sie würden hier nicht von Nutzholz reden, das zum Bauen gebraucht werde, sondern nur von Energieholz, das zu Heizzwecken gebraucht werde. Es werde die Schaffung von Zonen für die Nutzung von Energieholz bzw. von erneuerbarer Energie gefordert. Aus den einleitenden Sätzen des Postulats sei es nicht ganz klar, ob wirklich eine Zone Holzenergie oder einfach grundsätzlich für erneuerbare Energie gemeint werde. Sie seien davon ausgegangen, dass es um Holzenergie gehe, da der Titel auch Holzenergie sei.

Der Stadtrat habe 2009 den Energieplan verabschiedet und der Regierungsrat habe diesen auch festgesetzt. Dieser sei für Wädenswil gültig. Der Energieplan koordiniere eigentlich die verschiedenen Energieträger über das ganze Stadtgebiet. Im 2015 habe der Stadtrat den Masterplan Energie 2020+ verabschiedet. Dort sei als Ziel festgehalten, dass die Energieholznutzung bis 2035 von heute 2% auf 8% angehoben werden solle. Dieses Ziel hätten sie, er sei sich aber nicht ganz sicher, schon bald erreicht, wenn der Wärmeverbund in der TUWAG fertiggestellt sei. Heute hätten sie in Wädenswil zwei grosse Wärmeverbünde, der eine sei der Wärmeverbund Untermosen, der die Stadt betreibe und der zweite sei, er sei sich nicht ganz sicher, demnächst in der Endphase und werde vermutlich im nächsten Winter einsatzfähig sein.

Zu den Zonen für erneuerbare Energien hätten sie die schriftliche Begründung erhalten. Wohl oder übel könne nicht festgelegt werden, was für erneuerbare Energien gemeint seien. Es könne nur festgelegt werden, dass erneuerbare Energien gefordert seien. Man könne nicht sagen, ob der Wärmeverbund rund ums Schulhaus Untermosen/Hallenbad überhaupt ausgebaut werden könne. Es könne jetzt keine Zone geschaffen werden, die zwingend dem Holzenergieverbund angeschlossen werden müsse. Es könne eine Zone für erneuerbare Energie geschaffen werden. Ob das letztendlich erfolgreich sei, frage sich. Sie könnten sich jedoch vorstellen, dass mit guten Gesprächen mit der angrenzenden Nachbarschaft des Wärmeverbunds gute Resultate erreicht werden könnten, wenn gute Angebote für einen Anschluss an den Wärmeverbund gemacht würden. Das sei alles, was er sagen wollte. Den Rest könne dem vierseitigen Bericht entnommen werden.

Ulrich Reiter, Grüne, teilt mit, dass sie vor etwa einem Jahr den Stadtrat gebeten hätten, insbesondere zu prüfen, wie die einheimische Ressource Holz vermehrt als Energieträger zur Beheizung von öffentlichen und privaten Liegenschaften eingesetzt werden könnte. Das sei der erste Teil des Postulats gewesen. Heini Hauser sei gleich auf den zweiten Teil eingegangen. Er wolle seine Bemerkungen auf den ersten Teil beziehen, nämlich konkret, welche weiteren Quartiere, neben dem Untermosen, sich in Zukunft für einen Holzschnitzelverbund eignen würden.

Leider habe der Stadtrat ihr Postulat nur in drei Nebensätzen beantwortet und werfe gleichzeitig mehr Fragen auf als er beantwortet habe: Er zitiere erstens: „Eine Erweiterung durch den Anschluss zusätzlicher Liegenschaften ist in Planung.“ Gemeint sei der Wärmeverbund Untermosen. Jetzt würden sie sich fragen, wie diese Planung konkret aussehe, welche Erweiterung möglich und angedacht sei, welche Rahmengrössen zu erwarten seien, wie die Erweiterung zum Beispiel durch den Stadtrat und Gemeinderat unterstützt bzw. vorangetrieben werden könne. Auf diese Punkte gehe der Stadtrat in der Beantwortung leider nicht ein und er vergebe aus ihrer Sicht eine Chance, das Postulat konkret zu beantworten.

Zweites Zitat: „Die Stadt Wädenswil sieht bei ihren eigenen Gebäuden teilweise Potenzial für Holz und erneuerbare Energien“. Mehr nicht. Auch hier gehe der Stadtrat leider nicht darauf ein, um welche Liegenschaften es sich konkret handle, welche Heizenergie benötigt werde, ob es kleine Einzelanlagen seien oder ob es eine Möglichkeit für einen Wärmeverbund gebe. Auch in diesem Zusammenhang wäre ein Ausblick auf die Entwicklung der Werkstatt Zürichsee von grossem Interesse gewesen. Insbesondere welche Massnahmen

denkbar wären, um ein bekanntermassen vorhandenes Interesse an einem Holzschnitzelverbund in dem Gebiet zu unterstützen. Zum Beispiel durch das Zusammenbringung möglicher Partner, eine definierte Zeitplanung/Terminplanung, die es den künftigen Nutzern des Gebiets ermöglichen würde, ihre Planung darauf abzustimmen oder allenfalls Übernahme von Garantien etc., wenn schon aus allenfalls anderen Gründen auf die Schaffung einer Energiezone verzichtet werde.

Drittens: In seinem Ausblick formuliere der Stadtrat: „In Wädenswil sind grössere Gebiete vom Herrlisberg über die Speerstrasse bis zur Mülenen in Richterswil für die Erdwärmenutzung mittels Wärmepumpen gesperrt". Im Umkehrschluss heisse das für sie, dass erneuerbare Energie in Form von Holz denkbar wäre. Heute werde ein grosser Teil der Liegenschaften mit Erdgas beheizt. In diesem Gebiet lägen aber zum Beispiel das Schulhaus Gerberacher und die Agroscope, beides grosse Wärmeverbraucher. Für sie stelle sich die Frage, welche Ideen in Bezug auf Holzschnitzelwärme-Verbund hier entwickelt werden könnten und mit welcher Zeitachse. Darauf gehe der Stadtrat nicht weiter ein und vergebe eine weitere Möglichkeit, das Postulat konkreter zu beantworten.

Statt anhand den konkreten Beispielen aufzuzeigen, wie Holz vermehrt eingesetzt werden könnte, verweise der Stadtrat in seinen weiteren Ausführungen auf bereits umgesetzte Projekte (z.B. Untermosen), auf möglicherweise nicht realisierbare Projekte (Eidmatt) und auf den bestehenden Energieplan, der 2009 erstellt worden sei und die Holznutzung nur als vierte Priorität sehe, da aufgrund des eher geringen regionalen Angebots das CO2-neutrale Holz in der Prioritätenliste der Stadt Wädenswil selbst hinter Erdgas liege. Als Klammerbemerkung: Erdgas habe eine hohe regionale Wertschöpfung und werde in der Region Wädenswil aktiv gefördert, wobei 2015 33% des Erdgas in Wädenswil aus Russland gekommen seien, 39% aus dem Europäischen Raum, und der Rest aus Norwegen und anderen Ländern. Damit sei Russland grösster einzelner Gaslieferant für Wädenswil.

Zu den genannten Punkten würden sich ebenfalls einige weitere Fragen stellen:

- Die städtischen Werke würden seit Januar 2017 finanziell die Sanierung von Gasheizungen, trotz dritter Priorität im bestehenden Wädenswiler Energieplan und entgegen den Zielen der kommenden MuKEn 2014, fördern. Warum? Müssten nicht nach Energieplan konsequenterweise auch Wärmepumpen gefördert werden bzw. warum würden solche Förderungen nicht auch für Holzheizungen gesprochen?

- Zum Wärmeverbund Eidmatt werde gesagt: „Aufgrund der Platzverhältnisse und der Wirtschaftlichkeit ist keine Umstellung des Wärmeverbunds von Gas auf Holz geplant". Was seien die Grundlagen für die Berechnung der Wirtschaftlichkeit? Zum Beispiel welche Gas- und Holzpreise würden angenommen?

Er gehe ganz aktuell darauf ein, dass die Punkte Standortförderung, regionale Wertschöpfung und Holz als lokale Ressource klare Pluspunkte wären, die aktiv angegangen werden müssten. Es müsse vermehrt nach dem Potenzial Ausschau gehalten werden und dieses solle die Stadt Wädenswil aktiv nutzen.

Aufgrund der Anzahl offener Fragen und Punkte aus dem Postulat und der Tatsache, dass der Stadtrat seine eigene Energieplanung unterlaufe, würden sie den Antrag des Stadtrats, das Postulat abzuschreiben, zurückweisen.

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella teilt mit, dass es einen Antrag auf Aufrechterhaltung des Postulats gebe und somit die Diskussion eröffnet sei.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser dankt Ulrich Reiter für die Ausführungen der Grünen. Er habe nicht viel zu den langen Ausführungen zu sagen. Er wisse sicher, dass die Grundlagen, die Ulrich Reiter fordere, nicht mit den vorhandenen Ressourcen einfach festgelegt oder erstellt werden könnten. Dafür müssten sie ihnen ein rechtes Budget zur Verfügung stellen. Soviel könne er sagen. Er wüsste nicht, wie sie mit den bestehenden Ressourcen all diese Fragen hätten beantwortet sollen. Die Fragen seien in mehreren Sitzungen der Energiekommission, die Stadtrat Ernst Brupbacher präsidiere, diskutiert worden. Da seien auch namhafte Vertreter aus der Energiebranche dabei. Er gehe deshalb davon aus, dass die Beantwortung Hände und Füsse habe und nicht einfach nur so ein Papier sei. In diesem Sinne empfehle er, das Postulat abzuschreiben, ansonsten müssten sie einen rechten Hosenlupf machen um die Grundlagen zu erarbeiten.

Abstimmung über den Antrag der Aufrechterhaltung

Der Rat lehnt die Aufrechterhaltung des Postulats der Fraktion der Grünen, vom 9. Februar 2016, überwiesen am 11. April 2016, betreffend Steigerung der Energieholznutzung grossmehrheitlich ab. Das Postulat gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

06.03.01

15. Einbürgerungen

ALLEN geb. Biel Ingrid Elisabeth, geb. 24. August 1954 in Mainz (Deutschland), verheiratet (mit Philip Andrew Allen, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Reblaubenweg 4

Einbürgerungsgebühr:	CHF 1‘500.--
Referent:	Ivo Peyer

BIRCH geb. Cooper Susie, geb. 5. Dezember 1964 in Nottingham (Vereinigtes Königreich), verheiratet (mit Ossian Longfellow Birch, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), und ihre Tochter **Tehya Francesca**, geb. 18. März 2000 in Islington (Vereinigtes Königreich), beide britische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Buckstrasse 15

Einbürgerungsgebühr:	CHF 2‘400.--
Referentin:	Nadia Schüpbach

CARRETTA Giuseppe Antonio, geb. 23. März 1952 in Legnago (Italien), geschieden, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Büelenweg 3

Einbürgerungsgebühr:	CHF 2‘400.--
Referent:	Hans Roth

CARRO LATA Jesus Luis, geb. 12. Dezember 1960 in Mesia (Spanien), geschieden, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 17

Einbürgerungsgebühr:	CHF 2‘400.--
Referent:	Ivo Peyer

DEMIRYÜREK geb. Yeni Sermin, geb. 14. Januar 1972 in Bursa (Türkei), verheiratet (mit Suat Demiryürek, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Alvierstrasse 29

Einbürgerungsgebühr:	CHF 2‘400.--
Referentin:	Sandy Bossert

IVANUŠ Drago, geb. 21. Juli 1953 in Brežice (Slowenien), und seine Ehefrau **Ljubica geb. Kanceljak,** geb. 23. April 1951 in Domahovo (Kroatien), beide kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 5

Einbürgerungsgebühr:	CHF 3‘000.--
Referent:	Ivo Peyer

KÜSTNER Timo Bernd, geb. 21. Januar 1972 in Heidelberg (Deutschland), ledig, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Am Zopfbach 3

Einbürgerungsgebühr:	CHF 2‘400.--
Referent:	Hans Roth

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. Herzliche Gratulation an alle. Er bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten unbedingt Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen.

***

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Angelo Mintuella keine Einwände erhoben.

***

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella schliesst die Sitzung und wünscht eine schöne Woche und frohe Ostern.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.